



Google Data Zenter-Projekt: Grundsätzliche Fragen aus Sicht einer nachhaltigen Politik

Nachdem im Juli sowohl Staatsminister X. Bettel als auch Wirtschaftsminister E. Schneider durch die öffentliche Ankündigung, Google würde sich für den Standort Luxemburg interessieren, verlange aber eine Grundsatzentscheidung bzw. ein Grundstücksangebot bis zu einem fixen Termin, ziemlichen Wirbel erzeugt hatten, ist es nun wieder ruhiger um das Dossier geworden. Scheinbar wird auf die Entscheidung von Google gewartet.

Der Mouvement Ecologique möchte sich zu diesem Zeitpunkt nicht für oder gegen eine Ansiedlung des Google-Projektes aussprechen.

Die geplante Ansiedlung des Google-Datenzentrums wirft jedoch, über dieses spezifische Projekt hinaus, grundsätzliche Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes - auch aus Sicht der Nachhaltigkeit - auf.

1. Welche wirtschaftliche Diversifizierung strebt Luxemburg an? Was heisst "grünes" Wachstum?

Diese Regierung betont immer wieder, sie setze nicht mehr auf quantitatives Wachstum, sondern auf "qualitatives" - „grünes Wachstum“, um somit auch eine „nachhaltige“ Diversifizierung der Wirtschaft zu erreichen. Dabei wurde mehrfach hervorgehoben, dieses "Wachstum" solle soweit wie möglich von der Schaffung weiterer Arbeitsplätze bzw. dem Ressourcenverbrauch entkoppelt werden.

Der Mouvement Ecologique ist grundsätzlich überzeugt, dass ein, wie immer geartetes, weiteres und kontinuierliches Wachstum (von derzeit rund 4%) auf lange Sicht nicht sinnvoll und auch nicht machbar ist.

Wenn die Regierung jedoch der Überzeugung ist, dies wäre machbar, erachten wir es als unerlässlich, dass die Regierung weitaus konkreter offen legt, was sie denn nun unter "grünem Wachstum" reell versteht! Wachstum in der Digitalisierungsbranche, d.h. eher ein "virtuelles" Wachstum? Oder prioritäres Wachstum des Mittelstandes bzw. die selektive Förderung einer regionalen Wertschöpfung? Oder? Welcher Ressourcenverbrauch (Energie, Fläche, Wasser...) wird zudem im Verhältnis zu welcher Wertschöpfung als vertretbar angesehen?

Inwiefern auch entspricht es diesem Leitbild, wenn die Regierung ein Grundstück einer griechischen Yoghurt-Fabrik in Bettemburg / Düdelingen zur Verfügung stellt, gegen die sich auch die Gemeinden auflehnen?

Es entsteht der Eindruck, als ob "grünes Wachstum" derzeit in Luxemburg ein schwammiger Begriff wäre, eher als "Schlagwort" benutzt würde, als mit klaren Zielen und Wertevorstellungen belegt wäre!

Die Diversifizierung des Landes und die ökonomische Entwicklung des Landes prägen maßgeblich die Lebensqualität der EinwohnerInnen und sind ausschlaggebend für die Gestaltung eines zukunftsfähigen Luxemburgs. Insofern erwartet der Mouvement Ecologique sehr klare Leitlinien, was unter «grünem Wachstum» zu verstehen ist, oder nicht, und wie dieses gestaltet werden soll!

Darüber hinaus stellt sich, wie der Mouvement Ecologique - auch im Zusammenhang mit der Rifkin-Studie wiederholt gefordert hat - die Grundfrage des wirtschaftlichen Wachstums bzw. von Alternativen zur Absicherung unseres Sozialsystems. Auch die rezent von der Arbeiterkammer vorgestellte positive Prognose zur Finanzsituation des Sozialsystems setzt das kontinuierliche Wachstum voraus.

Eine weitere Debatte die sich aufdrängt ist diejenige der sozialen Folgen des Digitalisierungstrends. Auch hierzu hatte der Mouvement Ecologique schon im Juni dieses Jahres eine Reihe von Fragen aufgeworfen.

2. Google & Co: Was ist der reelle *mittelfristige* volkswirtschaftliche Mehrwert für Luxemburg?

Wie bereits angeführt, wird von Regierungsseite dargelegt, die Ansiedelung von Google und anderen Firmen im Bereich der Digitalisierung wären positiverweise mit der Schaffung recht weniger Arbeitsplätze verbunden und insofern besonders begrüßenswert. Hervorgehoben wird, dass sie jedoch einen hohen finanziellen Mehrwert ergeben würden.

Wobei vor allem bei Google besonders auffällt, dass als finanzieller Mehrwert primär die **Direktinvestitionen** genannt werden, d.h. dass Google bei der Ansiedlung 1 Milliarde investieren würde.

Welches aber der mittel- bis langfristig zu erwartende ökonomische Nutzen von Google für unser Land sein würde, wird kaum - zumindest in der Öffentlichkeit - dargelegt.

In diesem Zusammenhang sind folgende Entwicklungen recht spannend: 19 Mitgliedsstaaten der EU - darunter auch Deutschland und Frankreich - setzen sich dem Vernehmen nach für eine Besteuerung der Firmen im Internet-Bereich nicht mehr auf den Gewinn, sondern auf dem Umsatz ein. Dies mit dem Argument, nur so könne verhindert werden, dass ein Betrieb durch Transfer der Profite von Land zu Land nur sehr geringe Steuern zahlen würde. Es könne jedoch nicht zugelassen werden, dass die Digitalwirtschaft u.a. mit europäischen Daten Gewinne erwirtschaftete, ohne entsprechende Steuern zu zahlen.

Wer spricht sich gegen diese Änderungsvorschläge aus? Neben Irland, Malta usw. auch Luxemburg!

Luxemburg argumentiert, man versperre sich zwar nicht einem anderen Weg der Besteuerung, sei aber gegen das vorgeschlagene Modell. Man müsse die Gefahr vermeiden, dass Firmen Steuern zahlen müssten, die keine Gewinne erwirtschaften (wohlverstanden, die Rede ist von Google & Co, die nicht gerade durch geringe Gewinne aufgefallen sind). Zudem benötige man eine globalere Lösung, u.a. im Rahmen der OECD. Eigentlich die klassische Argumentationsschiene, wenn man keine wirkliche Reform will...

Andere Länder, wie z.B. Deutschland, sehen das aber anders: Auch wenn eine über Europa hinausgehende Vereinbarung in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) besser wäre, sei in der globalisierten Welt "eine zweitbeste Lösung im Zweifel besser als gar keine Lösung für eine lange Zeit", so vor kurzem der deutsche Finanzminister...

Ist Luxemburg somit erneut Bremser einer gerechteren Besteuerung, damit unsere „Nischenpolitik“ in diesem „neuen“ Entwicklungsbereich für Luxemburg nicht – wie in anderen auch – kurz- oder mittelfristig in Frage gestellt wird?

Auch die Frage mit wem die Arbeitsplätze besetzt werden, muss gestellt werden dürfen. Mit einheimischen Arbeitskräften? Besteht die Chance einen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosenquote zu leisten? Oder ist mit zusätzlichen Grenzpendlern zu rechnen?

Der Mouvement Ecologique erwartet – gerade angesichts dieser sehr aktuellen Entwicklungen - klare Aussagen, aufgrund welchen reell zu erwartenden mittelfristigem wirtschaftlichen Mehrwertes die Regierung die Ansiedlung von Google in Luxemburg derart befürwortet!

3. Luxemburg: attraktiv durch zweifelhaft niedrige Energiepreise ?

Ein weiterer aufschlussreicher Aspekt im Google-Dossier ist folgender: Laut Aussagen von Wirtschaftsminister E. Schneider (RTL), waren die niedrigen Energiepreise ausschlaggebend dafür, dass sich Google in Luxemburg ansiedeln möchte. Stellt sich doch in Zeiten des Klimaschutzes die Frage, ob es Luxemburg - das doch bei europäischen Treffen so gerne andere Länder für einen stärkeren Klimaschutz gewinnen will - wirklich zur Ehre gereicht, dank niedrigerer Energiepreise neue Betriebe anzuziehen?

Müsste man nicht vielmehr, im Sinne einer ehrlichen Klimaschutzstrategie, an eine Erhöhung der Energiepreise denken? Denn nur so werden Investitionen in Energieeffizienz sowohl für Betriebe als auch für Haushalte wirtschaftlich interessant. Beim Strompreis wäre da gegenüber den Nachbarländern Belgien und Deutschland noch viel Luft nach oben.

Und falls Google wirklich, auch aufgrund dieses Preisdumpings, nach Luxemburg kommen würde, würde dies aus Wettbewerbsgründen nicht noch stärker der notwendigen Steigerung des Strompreises entgegen wirken und also eine nachhaltigere Preispolitik verhindern?

Eine weitere Anmerkung zum Thema Energie: Google wird erheblich Energie verbrauchen. E. Schneider sagte in einem Interview, in Luxemburg würde nur "grüne" Energie verbraucht. Das stimmt so nicht! Es trifft für Privatkunden zu, größere Stromabnehmer aber haben die freie Wahl. Es wurde nun angeführt, Google habe zugesagt nur „grünen“ Strom zu nutzen. Entspricht dies der Wahrheit? Und soll ausschließlich grüner Strom verwendet werden? Gibt es eine Garantie, dass dies auch in Zukunft so sein wird, soll die Verwendung von grünem Strom eine formale Verpflichtung für Google werden oder beruhen diese Aussagen eher auf unverbindlicheren Zusagen?

4. Die Frage des Flächenverbrauchs muss gestellt werden!

Luxemburg verfügt über eine äußerst begrenzte Fläche, die sich nicht vermehren lässt. Entsprechend hat Luxemburg sich zum Ziel gesetzt, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Dabei hat der Druck auf die Fläche extrem zugenommen, es fehlt an Flächen verfügbaren Wohnraums, auch mittelständische Betriebe beschwerten sich, sie würden kaum noch (bezahlbare) Fläche für ihre Ansiedlung finden.

Dass nunmehr derart erheblich viel Fläche für eine einzelne Firma freigemacht werden soll, wirft Fragen auf. Es gilt die Google-Ansiedlung durch Gegenüberstellung mit den allgemeinen Flächenpotentialen und dem Flächenverbrauch in Luxemburg einzuordnen... und auch zu hinterfragen, was diese Zuteilung an Fläche an eine Firma für weitere Neuansiedlungen bedeuten könnte.

Der Flächenbedarf pro Arbeitsplatz beträgt bei Google rd. 0,083 ha (300 Arbeitsplätze auf 25 ha). Im Entwurf des sektoriellen Planes Aktivitätszonen von 2014 (der letzte veröffentlichte Plan) wird von einer Zunahme der Arbeitsplätze zwischen 142.000 und 192.000 Arbeitsplätzen bis 2030 ausgegangen (dabei geht der sektorielle Plan nicht einmal von dem 1 Millionen Einwohnerstaat aus....).

Nimmt man als Hypothese die Zahl von 192.000 Arbeitsplätzen, dann bräuchte man bis 2030 insgesamt 15.936 ha an zusätzlicher Industrie- und Gewerbefläche, wenn pro Arbeitsplatz eine ähnliche Fläche wie bei Google erforderlich wäre.

Dabei sollen aber, gemäß dem öffentlich zugänglichen Entwurf des sektoriellen Planes Aktivitätszonen, lediglich weitere 723 ha ausgewiesen werden! Ein sehr substantieller Unterschied, der grundsätzliche Fragen aufwirft.

Zusätzlich braucht man neben der reinen Industrie- und Gewerbefläche auch entsprechende Zusatzflächen für Wohnung und Infrastruktur – das Mischungsverhältnis hängt davon ab, ob die Arbeitnehmer nach Luxemburg ziehen oder als Pendler hinzukommen. Auch dafür lassen sich spezifische Flächenbedarfe berechnen.

Angesichts der theoretisch, laut Landesplanung und Nachhaltigkeitsplan, anvisierten Reduktion des Flächenverbrauchs stellt sich für Luxemburg grundsätzlich die Frage der "Flächenproduktivität". D.h. : welcher volkswirtschaftlicher "Gewinn" soll pro verbrauchter Landfläche erwirtschaftet werden? Was – so die zentrale Frage – liefert die Google-Fläche an volkswirtschaftlichem Ertrag in einer nachhaltigen Perspektive? Wie auch soll die verfügbare Fläche im Modell der „grünen Wirtschaft“ zwischen den verschiedenen Sektoren (u.a. auch unter Berücksichtigung mittelständischer Betriebe) vergeben werden?

5. Fakten zum Wasserverbrauch offen legen

Auch die Frage des Wasserverbrauchs muss offen und anhand nachvollziehbarer Fakten diskutiert werden.

Wird z.B. täglich neues Wasser benutzt werden, um die Verluste, welche durch die Kühlung der Infrastrukturen entstehen können, abzudecken? Wie hoch ist dieser Verbrauch? Bestätigen sich die Befürchtungen, dass dieser Bedarf in der Größenordnung einer Stadt wie Differdingen (5-10% des landesweiten Verbrauchs) liegen könnte? Muss dieser Verbrauch durch Trinkwasserressourcen abgedeckt werden? Verfügt Luxemburg über ausreichende Ressourcen, um auch in Zukunft und trotz

großer Verbraucher wie Google oder der griechischen Yoghurt-Fabrik in Bettemburg / Düdelingen die Trinkwasserversorgungssicherheit zu garantieren?

Schlussfolgerung

Wie angeführt, möchte sich der Mouvement Ecologique zu diesem Zeitpunkt nicht für oder gegen eine Ansiedlung des Google-Projektes aussprechen.

Vielmehr geht es darum, eine Reihe grundsätzlicher Fragen aufzuwerfen, bei denen es eine Selbstverständlichkeit sein sollte, dass sie in einer offenen, transparenten Gesellschaft zur Diskussion gestellt werden.

Dies vor dem Hintergrund der Erfordernisse einer nachhaltigen Politikgestaltung – im Besonderen der Wirtschaftspolitik - mit besonderer Berücksichtigung der Klima- und Energiepolitik, der rationellen Nutzung der begrenzten Fläche und der grundsätzlichen Wachstumsfrage.

Eine solche ergebnisoffene Diskussion darf – angesichts der Bedeutung des Google-Projektes – kein politisches Tabu darstellen. Im Gegenteil: wenn Politik in erster Linie Gestaltung der Zukunft bedeuten soll, dann gilt es sich solchen Diskussionen offen und ehrlich zu stellen.